

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 469
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,
wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 50 Pfennige monatlich. 1.50 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiete. 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Brüderstraße 19; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8. Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Lauter, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Leon Keaten, Kaulbachstraße 25.

Macht statt Recht in der Chemnitzer Gemeindestube

Die 17 „liberalen“ Beschützer der Religionsgemeinde schließen ihr an die Gemeindeglieder erlassenes Flugblatt mit der Bemerkung, „daß sie sich nicht auf eine weitere Auseinandersetzung in der Wahlrechtsfrage einlassen werden“. — Es ist nicht das erste Mal, daß sie sich verkriechen wollen, wenn es gilt, in der Öffentlichkeit ihren „gerechten“ Standpunkt zu vertreten. So meiden sie stets die Versammlungen der JVP., zu welchen sie regelmäßig eingeladen werden. So wollen sie auch nicht die geringste Öffentlichkeit der Gemeindegremien zulassen, um sich nicht der Kritik der Wähler auszusetzen, und so glauben sie auch, selbst schriftlich sich nicht weiter verteidigen zu sollen. Mir scheint, daß diese Methode gerade ihre größte Schwäche um so klarer herausstellt. Es ist doch klar, daß man die Öffentlichkeit nur scheut, wenn man sich dessen bewußt ist, daß man eine ungerechte Sache vertritt. Und weil das der Fall ist, richten sie sich durch ihre Handlungsweise selbst! — Zu gut kann ich verstehen, daß sie nicht an ihr Unrecht erinnert werden wollen und solche Erinnerungen gern totschweigen möchten, wenn sie kommen. Wir aber können nicht ermüden, unsere berechtigten Forderungen immer wieder laut und vernehmlich zu erheben, weil wir eine gerechte Sache vertreten.

Ich gebe allerdings zu, daß die „liberalen“ Machthaber in der „Rechtfertigung“ ihrer Machtgelüste schon etwas offener geworden sind. Ihre bisherigen Ausflüchte waren: „Der gegebene Zeitpunkt ist noch nicht da.“ „Die gewählten Führer sind nicht die richtigen.“ „Ihre Ausführungen und Debatten sind zu lang.“ „Für ein Wahlrecht sind die Frauen noch nicht reif.“ „Gleiches Wahlrecht wird erst die nächste Generation bekommen, vorausgesetzt, daß sie nicht mehr Jiddisch versteht“ (Kahn). Jetzt muß der „deutsch-jüdische Charakter“ für ihre Unwahrhaftigkeit erhalten! Ich glaube, daß ihr Rundschreiben — an knechtischer Anbiederung übrigens nicht zu überbieten — offenbar wohl mehr an die nicht-jüdische Adresse gerichtet ist, denn es kann keinem Juden einleuchten, daß Juden nur deshalb von der Gemeindestube ferngehalten werden sollen, weil sie ihr Judentum stärker betonen. Ich kann mir deshalb nicht denken, daß sie den ihnen dargelegten Unterschied zwischen Juden und Juden zur Rechtfertigung ihres Standpunktes bei Juden anbringen wollen. In der jüdischen Gemeinde sind nur jüdische Interessen zu fördern. Wann standen andere als jüdische Belange in der jüdischen

schen Gemeinde zur Debatte? Es ist schlimmstes Denunziantentum, den Zionisten und Jüdischnationalen zu unterschieben, daß diese irgend jemand aus seinem Deutschtum zu entwurzeln oder ihm seinen Patriotismus zu schwächen suchen, denn jeder auf deutschem Boden lebende Jude ist mit deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft verbunden, mag er aus Krotoschin oder Kolomea, aus Ratibor oder Kattowitz, aus Lohr (Main) oder Kobylin (Posen) stammen. — Ihr Führer Walter Sachs hat ihnen in der letzten Gemeindegremien die Maske ganz von ihren scheinheiligen Gesichtern gerissen! Mit begrüßenswerter Offenheit stellte er die Macht über das Recht und erklärte, daß sie nicht daran dächten, auch nur etwas von ihrer Macht abzugeben. Eben darauf kommt es ihnen an. Sie wollen

**Macht statt Recht
Herrschaft statt Gleichberechtigung!**
Ist es Macht oder Recht, wenn sie nicht zulassen, daß ein Volksparteiler im Präsidium der Gemeindeverordneten sitzt?

Ist es Macht oder Recht, wenn der Fraktion der JVP. von sechs Sitzen im Vorstand selbst einer verweigert wird?

Ist es Macht oder Recht, wenn sie es ablehnen, unserer Fraktion auch nur einen stellvertretenden Sitz — bei vier Delegierten — im Sächsisch-Israelitischen Gemeindeverband einzuräumen?

Es muß jämmerlich erscheinen und zeugt von einem ziemlich tiefen geistigen Niveau, wenn sie sprechen von „dem deutsch-jüdischen Charakter unserer Gemeinde, der seit 60 Jahren gepflegt wird“, aber dabei die Tatsache unterschlagen, daß ein großer Teil der entrechteten Ausländer zirka vierzig Jahre, der größte Teil zirka zwanzig Jahre hier wohnt und die Gemeinde mit aufgebaut hat.

Der Antisemitismus richtet sich nicht — wie sie behaupten — gegen die Nationaljuden und Bekenner zum jüdischen Volke. Gerade die Juden, die sich als besondere Hüter spezifischer deutscher Belange aufspielen wollen, bieten den Judenfeinden — mag das auch zu Unrecht geschehen — eine viel größere Angriffsfläche.

Sie wollen die Interessen ihrer Kinder wahrnehmen, indem sie diese von national-jüdischen Bestrebungen fernhalten, in-

dem sie die Ausländer entrechteten. Ihre Kinder aber müssen schon jetzt mit den Kindern der Ausländer auf der Schulbank und in der Gesellschaft gleiches Leid und Judenschicksal ertragen. Wir alle halten mehr von dem Gerechtigkeitsgefühl der ihnen nachfolgenden Generation. Ihre Kinder machen ihnen z. T. schon jetzt Vorwürfe, daß sie solch ein Unrecht für ewige Zeiten sanktionieren wollen, daß sie — gleich den schlimmsten Antisemiten — Steine nach ihren Brüdern werfen. Die junge Generation steht vielfach, bei all ihrer Verbundenheit mit der deutschen Kultur, teilnahmsvoll dem Schicksal unseres jüdischen Volkes gegenüber; sie weist ein tieferes Verständnis auf für alle Probleme des Judentums, auch für die national-jüdische Bewegung und den Aufbau Palästinas.

Nun geben sie noch vor, für Palästina eingetreten zu sein und eintreten zu wollen und genießen sich nicht, eine solch dreiste Unwahrheit zu behaupten. Wann sind sie in der Gemeinde jemals für den „kolonialisatorischen Aufbau“ Palästinas eingetreten? Welche Mittel haben sie jemals dafür bewilligt? Die Wahrheit ist, daß die Gemeinde nie für das „Heimatland unserer Religion“, für „dessen kolonialisatorischen Aufbau“ auch nur einen Pfennig bewilligt hat, im Gegenteil, jeder dahingehende Antrag der JVP. wurde mit 17:4 niedergestimmt. Es zeugt wahrhaftig nicht von menschlicher Würde, die Unwahrheit zu sagen und dann die Debatte abbrechen zu wollen!

Wenn ihre bisherigen Gründe für die Versagung des Wahlrechts zu ihrer Rolle glänzend zu passen scheinen, so bin ich jedoch der Ansicht, daß ihr Hinweis auf das wirtschaftliche Leben der Ostjuden keinesfalls kommen durfte. In der letzten Gemeindegremien unterstrich ihr Frontsoldatenführer, der „Kämpfer“ für die Gleichberechtigung der Juden, daß ihn „der Ausländer stört“. Mit diesen Worten erweist er sich — wie sie — als ebenbürtig in der Front der gemeinsten Judenhetzer. Wenn sie nun in ihrem Rundschreiben sagen: „Es ist mit aller Sicherheit vorauszusetzen, daß, wenn die Lage unserer heimischen Industrie sich wieder bessert, auch wieder der Zustrom der Ausländer nach Chemnitz, das bei ihnen als besonders aussichtsvoll gilt, einsetzen wird“, beweist dies, daß auch sie, die „bewährten“ Abwehrführer des C.-V. und Bekämpfer der antisemitischen Bewegung, von der „Überfremdungsgefahr“ beängstigt sind und sich gern § 4 des Programms der NSDAP. zu eigen gemacht haben. Ihre Verteidigung ist sehr schwach, wenn sie offensichtlich

**Abonnementspreis
nur 50 Pfg
pro Monat**